

SÜDWIND

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
süd

INFOS

Nr. 24 • Dezember 2003

Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
süd

Band 2:

Kongo: Handys, Gold & Diamanten



Kriegsfinanzierung im
Zeitalter der Globalisierung



INHALT

Editorial	3
SÜDWIND Aktivitäten	12
■ SÜDWIND Edition: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen	12
• Band 1: »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?« – Ein Verkaufserfolg	
• Band 2: »Kongo: Handys, Gold & Diamanten« ist erschienen	
• Band 3: »Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan« erscheint dieser Tage	
■ Afrika: Schuldenerlass allein reicht nicht!	14
■ Ethische Geldanlagen – kirchliche Gelder könnten viel bewegen	15
■ Vortragstätigkeit und Recherchen in Sri Lanka und Indonesien	18
■ NEUERSCHEINUNG: »Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung. Die Entwicklung von Verhaltenskodizes seit 1992«	19
■ Dokumentation: »Was kommt, wenn die Quote geht?« In der globalen Textil- und Bekleidungsindustrie stehen fundamentale Veränderungen bevor	21
Aus dem Büro	30
■ Antje Schneeweiß wieder an Bord – Steffen Jörg verabschiedet	30
■ SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblätter, Musterartikel	30
■ »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften	31
■ Sonderangebot	31



Impressum

SÜDWIND-Infos werden herausgegeben von
SÜDWIND
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Telefon: 0 22 41 / 5 36 17
Fax: 0 22 41 / 5 13 08
eMail: buero@suedwind-institut.de
Internet: www.suedwind-institut.de
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Köln,
BLZ: 370 205 00, Kontonummer: 8 140 000

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

Layout: frank.zander@frazz.de

Druck: KNOTENPUNKT, 56290 Buch/Hunsrück

SÜDWIND blickt auf sehr ergebnisreiche Monate zurück. Dieses Info bietet kaum genug Platz, um die aktuellen Veröffentlichungen angemessen vorzustellen und gleichzeitig über die neuen Projekte zu berichten. Wir merken: SÜDWIND wird gebraucht, von Kampagnen, den Kirchen, den Hilfswerken und vielen Einzelpersonen, die in der Bildungsarbeit tätig sind.

Neue Erkenntnisse über die zukünftige Verlagerung der Textilproduktion und Fallstudien zur Situation der Näherinnen in den Weltmarktfabriken werden von der »Kampagne für saubere Kleidung« dringend erwartet. Die Studien zu Argentinien und Kongo bieten neue Grundlagen für die Diskussion über den Einfluss der Finanzmärkte und des Welthandels auf die soziale Lage in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern und sind eben auch für die Bildungsarbeit sehr gut geeignet. Das langfristige und komplizierte Vorhaben, Kriterien für ein sozialverträgliches Investment zu entwickeln, hat durch ein neues Projekt Auftrieb genommen, das ganz praktisch auf die Errichtung eines Fonds nach eigens entwickelten Kriterien zielt.

Es zählt sich also aus, dass wir auf allen Ebenen dem Grundsatz treu geblieben sind, wirklich für die Praxis zu forschen. Der hohe Absatz des ersten Bandes unserer Reihe zur Dekade »Überwindung von Gewalt« dokumentiert das in besonderer Weise. Dabei haben wir mit »attac« auch neue Kreise erschlossen, die weit über das kirchliche Umfeld hinausgehen – wobei gerade diese Veröffentlichung nach längerer Zeit einmal wieder einen ausführlichen Teil ethisch-theologischer Vergewisserung unserer Arbeit enthält.

Das alles geschieht vor einem knapper werdenden Finanzhintergrund. Es hilft nicht, darüber hinwegzusehen, dass die Möglichkeiten gerade der treuesten Unterstützer begrenzt sind und sich weiter begrenzen werden. Zusätzliche Möglichkeiten der Finanzierung müssen und können auch aufgetan

werden. Dafür aber braucht es Zeit und Konzentration, die den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht fehlen sollte. Deshalb haben wir beschlossen die lang gehegte Vision eines hauptamtlichen Geschäftsführers zu verwirklichen. Wir sind überzeugt, dass diese zusätzliche Investition sich doppelt auszahlen wird: in der Entlastung der wissenschaftlich Mitarbeitenden und in der besseren Ausschöpfung bestehender Finanzierungsmöglichkeiten. Die Mitglieder unter den LeserInnen haben dazu ja bereits einen Brief erhalten.

Die Arbeit von SÜDWIND läuft gut. Sie bleibt spannend und es ist viel Musik darin und sie wird gebraucht. Das ist in Zeiten allgemeiner Jammerei wirklich etwas Schönes und im wahrsten Sinne des Wortes etwas Bewegendes. Dies verdanken wir nicht zuletzt unseren treuen Mitgliedern und UnterstützerInnen.

STEPHAN SCHMIDTLEIN



Band 1: »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?« – Ein Verkaufserfolg

Der erste Band der SÜDWIND Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen«, mit dem Titel »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen« wurde seit Erscheinen im März 2003 gut nachgefragt. Die Erstauflage von 2000 Exemplaren ist nahezu vergriffen. Erfreulich war auch, dass sowohl die Vertriebsgesellschaft von Misereor als auch attac den Band in ihre Werbung aufgenommen haben und vertreiben. Damit konnte der potentielle Kundenkreis deutlich erweitert werden.

Wie wichtig und aktuell die im Band formulierte Kritik an der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank und am Internationalen Währungsfonds (IWF) ist, zeigt die Entwicklung im Sommer: Sowohl die Jahreskonferenz der WTO als auch die von Weltbank und IWF brachten keine Fortschritte für die Entwicklungsländer. Die WTO-Konferenz ließen die Schwellen- und Entwicklungsländer daher sogar vollständig scheitern. Dadurch konnte zwar keine Verbesserung der internationalen Handelsbeziehungen erreicht werden. Doch sie konnten zumindest verhindern, dass neue Beschlüsse gefasst wurden, die die Macht der Unternehmen aus reichen Staaten noch weiter gestärkt hätten.



Band 2: »Kongo: Handys, Gold & Diamanten« ist erschienen

Der zweite Band der Dekade-Edition erschien Ende September 2003 mit dem Titel: »Kongo: Handys, Gold & Diamanten – Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung«. Die erste Nachfrage war relativ gut: Es gibt zwar leider nicht so viele Gruppen, die zum Thema Kongo arbeiten, doch wir hoffen, möglichst viele dieser Gruppen zu erreichen. Erfreulich ist, dass wahrscheinlich eine Ausgabe des Heftes in Französisch erscheinen wird. Mehrere Hilfswerke und Kirchen haben Interesse bekundet, die Broschüre auch ihren PartnerInnen im der Demokratischen Republik Kongo zukommen zu lassen.

Wer verdient am Krieg?

Mehr als 3,3 Millionen Menschen starben seit 1998 infolge des Krieges in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Berichte über weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen

sorgten wiederholt für Schlagzeilen; die EU schickte Soldaten.

Doch die wirtschaftlichen Hintergründe des Krieges waren nur selten eine Schlagzeile wert: Wie wurden die Waffen auf den internationalen Märkten bezahlt? Woher kam der Sold für die Soldaten?

Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen zu einer wichtigen Antriebsfeder für die Fortführung der Kämpfe geworden. Vom Export der Rohstoffe profitierten kongolesische Politiker, Unternehmer, Militärs und Rebellenführer ebenso wie die Eliten der am Krieg beteiligten Nachbarstaaten.

Es entstand ein Netzwerk von Kriegsprofiteuren, die nur ein geringes Interesse an einem Ende der Kämpfe hatten.

Das Netzwerk agierte und agiert weiterhin weltweit: Ohne den Verkauf von Rohstoffen über internationale Märkte an Firmen in den Industrieländern hätte der Krieg in seiner bisherigen Form nicht geführt werden können.

Was hat mein Handy mit dem Krieg zu tun?

In hiesigen Läden landeten Gold und Diamanten aus der DRK. Unsere Handys und Computer könnten nicht funktionieren ohne das Coltan – ein seltenes, sehr leitfähiges Metall –, das mitten in den Kriegsgebieten gefördert wurde.

An diesem Punkt waren und sind die Menschen in den Industrieländern für den Krieg in der DRK mitverantwortlich.

Daraus ergeben sich Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Arbeit in Deutschland. Die Finanzierung des Krieges von außen muss gestoppt werden, Bundesregierung und Unternehmen müssen handeln.

Die Broschüre schließt mit Vorschlägen, wie Leserinnen und Leser aktiv werden können.

Zahlreiche Grafiken und Online-Begleitmaterial

Das Heft enthält zahlreiche Grafiken und Fallbeispiele. Flankierend zur Broschüre gibt es noch Online-Materialien, Folien für Vorträge, Power-Point-Präsentationen, Plakate und Seminarangebote.

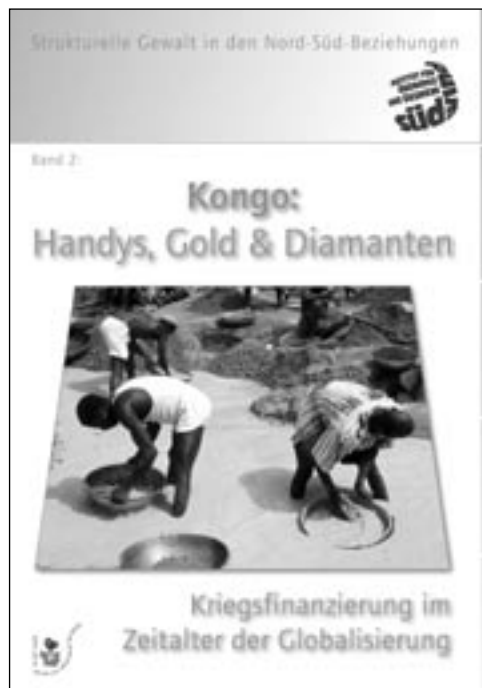
Das Inhaltsverzeichnis, die Einführungskapitel sowie weitere Auszüge aus der Broschüre finden Sie unter: <http://www.suedwind-institut.de/Dek-2-020-fs.htm>

Die Broschüre enthält neben vielen Grafiken auch Fallbeispiele. Eines dieser Beispiele dokumentieren wir im Folgenden:

Fallbeispiel 3: Die Medien im »Herz der Finsternis«

Weltweit sprachen viele JournalistInnen in ihren Berichten über den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo von der Rückkehr ins »Herz der Finsternis«. Damit zitierten sie den Titel eines 1904 veröffentlichten Buches von Joseph Conrad, das die von den belgischen Kolonialherren verübten Grausamkeiten der damaligen Kolonie Kongo thematisiert. Conrad charakterisiert in seinem Roman einen weißen gnadenlosen Händler, der abgeschlagene Köpfe auf seinem Gartenzaun aufspiess und mit ihm unterstehenden Truppen auf Plünderungszüge geht.

Der Roman hat gewiss sehr kritikwürdige Aspekte. Doch er verdient nicht, dass die AutorInnen etlicher Pressebeiträge (bei weitem nicht alle) seinen Titel in einen vollkommen falschen Zusammenhang stellen. Sie haben das Buch entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Anders lässt sich nicht erklären, warum sie wiederholt ausgerechnet Artikel mit »Herz der Finsternis« betiteln, die Kämpfe in der DRK als »Stammes-



konflikte« darstellen. Dieses Klischee signalisiert, es sei ein Konflikt, »verursacht durch die Natur bestimmter Kulturen, die nicht fähig oder nicht willens waren, sich zu modernisieren.« (Ellis 2003, S. 39)

Auch der Konflikt in der Ituri-Provinz im Nordosten der DRK wurde in den vergangenen Monaten vielfach so dargestellt. Dabei beschreibt eine ganze Reihe von Studien die ökonomischen Hintergründe des seit 1999 andauernden Konfliktes und dokumentiert das Anheizen der Kämpfe durch ugandische und ruandische Truppen (UNDP 2001a, S. 39–41 / Oxfam 2001, S. 6–12 / AI 2003 / Pole 2003 / HRW 2003).

Auch schwerste Menschenrechtsverletzungen basieren nicht auf »Stammeskonflikten«. So weist beispielsweise ein UN-Untersuchungsbericht der Plünderung der Stadt Mambasa nach, dass dort schlimmste Menschenrechtsverletzungen – darunter Kannibalismus und erzwungener Kannibalismus – durch eine bunt zusammengewürfelte Terroreinheit verübt wurde, die vier verschiedene Sprachen sprach. Diese Verbrechen wurden auf Anweisung der militärischen Führung begangen (UN 2003a). Es handelte sich größtenteils nicht um archaische Riten eines »Stammes«, sondern um kühl kalkulierten Terror zur Durchsetzung der eigenen Ziele – den auch deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg oder bei ihren Einsätzen in den Kolonien verübten.

Krieg kaum eine Meldung mehr wert

Das Desinteresse weiter Teile der deutschen Bevölkerung an den Ereignissen in der DRK vor Augen, nehmen sich nur wenige AutorInnen die Zeit, sich eingehender in die Zusammenhänge einzuarbeiten: Sie werden ohnehin nicht viele Artikel zu dem Thema verkaufen können. Der alltägliche Krieg gibt

keine »neue« Meldung mehr her und es erscheinen in deutschen Zeitungen täglich nur eine handvoll Berichte über den Krieg. Einige mehr waren es anlässlich von Friedensverhandlungen und bei Massakern, wenn die Zahl der Toten hoch genug war: »Wie viele Tote braucht Afrika, ehe die Welt aufmerksam wird?« Der deutsche Diplomat in Burundi beantwortete seine Frage gleich selbst: ,500 plus... Das ist mein Erfahrungswert.« (Grill 2003)

Für schnell geschriebene »Neuigkeiten« ist dagegen immer Platz. Am 10.5.2003 waren laut Internetauswertung in den deutschsprachigen Zeitungen rekordverdächtige 189 Artikel unter dem Stichwort »Kongo« zu finden. Einige behandelten den Ausbruch der Ebola-Seuche, zwei berichteten über 120.000 zum Teil hungernde und kranke Flüchtlinge, die im Nachbarland Uganda eintrafen. Der Rest berichtete über das, was neu und einzigartig war: Bei einer Frachtmaschine war die Heckklappe aufgegangen, mindestens 130 Menschen stürzten aus 2000 Metern Höhe in die Tiefe.

Am gleichen Tag starben weniger spektakulär wesentlich mehr Menschen an den Folgen des Krieges, bereicherten sich die Führer der verschiedenen Armeen durch den Verkauf von Rohstoffen an Industrieländer. Doch dies ist kompliziert – und daher meist kein Thema.

Die Lektüre von Joseph Conrads Roman, der die alten (und aktuellen) wirtschaftlichen Hintergründe von Mord und Totschlag beschrieb, könnte über die Lieferung einer reißerischen

Sechs Broschüren sind geplant

- **Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
- **Kongo: Handys, Gold & Diamanten – Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung**
- **Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan – Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise**
- **Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armutsbekämpfungsprogramm** (erscheint Ende 2004)
- **Frauenarbeit in Freien Exportzonen und Sweatshops – Globale Sozialverantwortung von Unternehmen. Fallbeispiele aus der Bekleidungs- und Sportschuhindustrie in Indonesien, China und Sri Lanka** (erscheint Ende 2004)
- **Gewalt und Drogen am Beispiel des »Plan Colombia«** (erscheint Ende 2004)

Überschrift hinaus den Blick für das Verständnis der heutigen Entwicklungen schärfen.

Band 3:

Argentinien: »Tangotanz auf dem Vulkan« – erscheint dieser Tage

Der 3. Band der Dekade-Edition erscheint unter dem Titel »Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan – Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise« im Dezember 2003. Die derzeit wieder sehr angespannte soziale Situation in Argentinien verdeutlicht die Notwendigkeit der Diskussion über Auswege aus der Krise. Diese Diskussion muss auch in Deutschland kontrovers geführt werden: Tausende Bundesbürger haben zu sehr hohen Zinsen Anleihen des argentinischen Staates gekauft. Der kann derzeit nicht mehr zahlen. Die Anleihezeichner klagen nun vor internationalen Gerichten. Wer vertritt die Argentinier? Der folgende Beitrag fasst die Situation zusammen, deren Vorgeschichte und weitere Details in der neuen Broschüre nachzulesen sind.

Gläubiger zanken sich

Es war für die Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im September 2003 in Dubai schon symptomatisch, dass die Medien die Verhandlungen Argentinien mit dem IWF als das wichtigste Thema ansahen. Doch der Fall

Argentinien war auch bei dieser Herbsttagung kein Grund, um über den Reformbedarf des IWF nachzudenken. Die Diskussion über die Reform des internationalen Schuldenmanagements war bereits bei der Frühjahrstagung im April 2003 von der Tagesordnung verschwunden. Doch die Krise in Argentinien legt immer wieder die Grenzen des gegenwärtigen Systems offen, auch wenn auf den ersten Blick alles zu funktionieren scheint: Der Konflikt zwischen Schuldner und Gläubigern, das Gezänke zwischen den privaten und öffentlichen Gläubigern und die Gefahr, dass Finanzkrisen auf Nachbarstaaten übergreifen, sind nur einige der vielen Konfliktfelder des gegenwärtigen Schuldenmanagements.

Argentinien unter Druck gesetzt

Wieder einmal hat der IWF der argentinischen Regierung im September 2003 kaum eine Wahl gelassen. Entweder, so die Forderung, soll Argentinien einen harten Sparkurs durchführen, der zu einer Verschlechterung der sozialen Lage führen

wird, oder aber man versage dem Land die notwendige Unterstützung bei der Bedienung der Auslandsschulden.

»Man kann nicht von einem Toten verlangen, dass er seine Schulden abbezahlt« kritisierte nur wenige Tage später der argentinische Präsident Nestor Kirchner bei der UN-Vollversammlung die harte Haltung des IWF und der Privatgläubiger. Anders als in der Vergangenheit versuchte die argentinische Regierung, eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen in den Verhandlungen durchzusetzen – ohne nennenswerten Erfolg. Aber trotz des starken Drucks, der insbesondere von den europäischen Mitgliedsländern des IWF ausging, konnte dieser der argentinischen Regierung seine orthodoxe Politik nicht vollständig aufzwingen.

Im Kern handelte es sich um den berühmten Katalog neoliberaler Sparmaßnahmen. Einer der beiden Streitpunkte bei den Verhandlungen war die Festlegung des Primärüberschusses für den öffentlichen Haushalt. Der IWF verlangte von Argentinien, einen Haushaltsüberschuss (vor Zinszahlungen) von 4,5% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das Jahr 2004 und eine weitere Steigerung auf 5% für 2005. Die argentinische Delegation konnte sich mit ihrer Position durchsetzen, »lediglich« 3% Haushaltsüberschuss für den Schuldendienst zu erwirtschaften.

Der zweite strittige Punkt war die Erhöhung der Tarife der von europäischen Konzernen kontrollierten Versorgungsunternehmen (Strom, Gas, Wasser und Telekommunikationen) um 30% bis 40%. Die aus Tarifierhöhungen gewonnenen Mehreinnahmen sollten nach Wunsch des IWF auch für die Rückzahlung der Auslandsschulden dieser Unternehmen verwendet werden. Die argentinische Regierung lehnte eine solche Maßnahme ab, denn sie würde insbesondere die Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen hart treffen.



Anleihezeichner wollen Geld sehen

Mit der getroffenen Kompromissvereinbarung hat der IWF zwar seine eigenen Forderungen gesichert, nicht aber die der privaten Gläubiger. Angesichts der desolaten Lage in Argentinien müssen diese nun auf einen beträchtlichen Teil ihrer ausstehenden Gelder verzichten, und zwar nicht nur auf Zinszahlungen, sondern auch auf Tilgungen. Die argentinische Regierung hat ein Umschuldungsangebot vorgelegt, das einen Schuldenerlass von bis zu 75% (Gegenwartswert) beinhaltet. Dies soll durch die Umwandlung von mehr als 180 Anleihearten in drei neue Anleiheklassen erfolgen. Dieses Angebot wird von den privaten Gläubigern strikt abgelehnt. Sie machen bereits mobil und verklagen die argentinische Regierung in New York, Frankfurt, Mailand und anderen Finanzplätzen der Welt, was mit erheblichen Folgekosten für die argentinische Regierung verbunden ist. Nicht wenige der Anleihezeichner verlangen in völliger Verkennung der Lage und der eigenen Mitverantwortung an der Schuldenkrise eine hundertprozentige Rückzahlung der Schulden.

In einem ersten Gegenanbot aus der Wall Street in New York signalisieren die Anleiheinhaber ihre Bereitschaft, Argentinien maximal 40% der Schulden zu erlassen. Diesen Erlass knüpfen sie allerdings an harte Bedingungen. Zum einen drängen die privaten Gläubiger darauf, dass auch die Weltbank sowie die Interamerikanische Entwicklungsbank ihre Forderungen umschulden, damit sie selbst mehr Geld erhalten. Zum anderen sollen auch die argentinischen Kleinsparer und Rentner zur Kasse gebeten werden, indem man auch deren Anleihen (BODEN) in Höhe von 48 Mrd. US\$ in die Umschuldung einbezieht. Die argentinische Regierung lehnt dieses Angebot bislang kategorisch ab, denn es würde Mehrkosten von bis zu 35 Mrd. US\$ für die leeren Staatskassen und eine weitere Bestrafung der ohnehin gebeutelten Argentinier bedeuten. Die US-Regierung hält sich bislang bedeckt. Bei den Verhandlungen mit dem IWF hat sie auf eine Vereinbarung gedrängt, um die Interessen der großen Finanzhäuser zu wahren. Denn die Krise in Argentinien bleibt weiterhin ein Risikofaktor auch für das Nachbarland Brasilien, in dem das US-Finanzkapital in großem Umfang investiert hat.

Zusammenschlüsse der Kleingläubiger klagen

In Deutschland versucht die von der Hypo – Vereinsbank ins Leben gerufene Organisation ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency), die sich mit ihrer italienischen Schwesterorganisation (TFA: Task Force Argentina) zur IGOR zusammengeschlossen hat, hoch zu pokern. Sie haben die Vorschläge der argentinischen Regierung in Dubai als unzureichend abgelehnt. Mehr als 450.000 Privatanleger aus beiden Ländern haben Anleihen im Gesamtwert von rund 20 Mrd. Euro in Argentinien gezeichnet. Es ist damit zu rechnen, dass sie in den

nächsten Monaten die argentinische Regierung stärker unter Druck setzen werden. Insgesamt verfügen die Privatanleger in den reichen Ländern über ein nicht zu unterschätzendes Druckpotential, welches sie sowohl in Gerichtsverfahren als auch gegenüber der Politik bzw. den Finanzministerien in den Gläubigerländern ausüben können.

Der IWF ist in einer besonders schwierigen Lage, denn nach Brasilien und der Türkei ist Argentinien mit umgerechnet 14 Mrd. US\$ der drittgrößte Schuldner dieser Institution. Insbesondere für die USA wären die Kosten einer Zahlungseinstellung Argentiniens gegenüber dem IWF sehr hoch.

Eine Zahlungseinstellung könnte möglicherweise auch die beiden anderen multilateralen Institutionen Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank treffen, denn ohne zusätzliche IWF-Mittel hätte Argentinien keine Refinanzierung für die Rückzahlung bei diesen Institutionen. Für Argentinien dagegen ist eine Vereinbarung mit dem IWF zwar wünschenswert, nicht aber ein Ziel, das man um jeden Preis erreichen müsste, denn eine solche Vereinbarung führt nicht automatisch zu einer Normalisierung der Kreditbeziehungen mit dem Ausland.

Welche Folgen hat das Kreditabkommen für Argentinien?

Zwar hat Präsident Kirchner die Ergebnisse der Verhandlungen gegenüber der eigenen Bevölkerung als einen Sieg für Argentinien verkaufen können. Ein genauerer Blick auf das Vereinbarte lässt aber Zweifel aufkommen, ob es damit zu einer Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung kommen wird. Wenn die Maßnahmen umgesetzt werden, bedeutet dies das Einfrieren der Löhne und Gehälter sowie der Rentenzahlungen. Die Inflation sorgt dann für eine deutliche Verschlechterung der sozialen Lage der Lohn- und Rentenabhängigen. Da die öffentlichen Einnahmen laut dem Abkommen für die Rückzahlung der Auslandsschulden vergeben sind, werden die verlangten Einsparungen durch die Einstellung sozialer Programme erfolgen müssen. Zudem wird die regressive Steuerpolitik weitergeführt. Mit der vereinbarten Erhöhung der Mehrwertsteuer bittet man die breite Masse der verarmten Konsumenten zur Kasse und nicht die reichen Eliten, deren Steuerzahlungen z.T. gesenkt wurden. Fazit: Entgegen den Behauptungen der meisten Pressekommentare hat der IWF in den Verhandlungen zwar einen kleinen Dämpfer, aber keinen substantiellen Verzicht erlitten.

Umschuldung und ...

Nur eine umfassende Umschuldung, in die sämtliche Gläubiger mit einbezogen werden, bietet Argentinien eine reale Chance, die Krise zu überwinden. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass auch der IWF und andere multilaterale Gläubiger einen Teil der Kosten im Sinne des Burden

Sharing übernehmen. Dies soll aber nicht erfolgen, um private Gläubiger zu finanzieren, sondern um den Spielraum für eine expansive Wirtschaftspolitik zu öffnen. Der IWF und die Weltbank tragen eine Mitverantwortung für ihre falschen Politikempfehlungen, die zur Krise geführt haben. Die verantwortungslose Privatisierung der Rentenkassen, die zu einem Haushaltsloch von umgerechnet 68 Mrd. US \$ in der Zeit zwischen 1994 und 2001 und zu noch höheren Auslandsschulden geführt hat, war eine »Empfehlung« der Weltbank.

Der IWF hat Kredite für die Finanzierung der großen Schuldenumwandlung im Juni 2001 zugunsten privater Anleger vergeben, die zu einer Kapitalflucht von umgerechnet 25 Mrd. US\$ innerhalb von 6 Monaten führte. Bilaterale Gläubiger als die wichtigsten Anteilseigner dieser Institutionen könnten auf diesem Weg ihren entwicklungspolitischen Beitrag leisten. Der Schuldenerlass multilateraler Kreditgeber muss allerdings Argentiniens Wirtschaft und nicht den Finanzspekulantenzu gute kommen.



(Foto: BRITTA BERBRICH)

... Wirtschaftsreformen nötig

Im Rahmen einer Schuldenkonferenz in Buenos Aires könnte die argentinische Regierung mit Hilfe einer neutralen Instanz einen geordneten Ausweg aus der Krise finden. Nur so könnte das Land den nötigen Spielraum für Wirtschaftsreformen und für eine schrittweise Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell erhalten. Mindestens drei Kernelemente sollten diese Wirtschaftsreformen erhalten:

- eine Umverteilung von oben nach unten, um die Binnen- nachfrage anzukurbeln,
- die Förderung der Industriebereiche mit komparativen Kostenvorteilen,
- eine stärkere Zusammenarbeit mit Brasilien im Rahmen des MERCOSUR. Dies ist um so wichtiger, als auch Brasilien derzeit die Luft ausgeht.

Die Ansteckungsgefahr der argentinischen Krise ist noch nicht gebannt. Insbesondere Brasilien könnte in Mitleiden- schaft gezogen werden, wenn beide Länder infolge der IWF- Empfehlungen in einen Abwertungswettbewerb eintreten, um ihre Exporte zu steigern. Der IWF hat in diesen beiden Ländern ständig im Interesse der privaten Gläubiger agiert und dabei sein ursprüngliches Mandat zu Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz verletzt. Beide Län- der befinden sich in einer Notsituation, welche nur mit Hilfe eines radikalen Schuldenerlasses zu bewältigen ist.

PEDRO MORAZÁN

SCHULDENERLASS ALLEIN REICHT NICHT!

In unserem letzten Info haben wir das neue Projekt erwähnt, das SÜDWIND in Zusammenarbeit mit den drei Hilfswerken Brot für die Welt, Misereor und EED durchführen wird: Die mit dem Schuldenerlass eng verknüpften Prozesse der Erstellung nationaler Armutsbekämpfungsstrategien sollen für ausgewählte afrikanische Länder genauer durchleuchtet werden, um die Möglichkeiten für die Partner der Hilfswerke zu identifizieren, sich stärker in diese Prozesse einzubringen. Im letzten Heft haben wir die ernüchternden Erfahrungen geschildert, die zivilgesellschaftliche Gruppen im bisherigen Verlauf dieser Prozesse gemacht haben: Obwohl sie eigentlich an der Erstellung der Strategiepapiere beteiligt werden sollen, findet eine ernst gemeinte Partizipation fast nirgends statt. Insbesondere zu einem Bereich haben zivilgesellschaftliche Gruppen keinen Zugang: Von der Diskussion bei der Festlegung makroökonomischer Politiken sind sie gänzlich ausgeschlossen.

So bleibt als positive Neuerung des Kölner G8-Gipfels 1999 die Verknüpfung von Schuldenerlass und Armutsbekämpfung. Doch vergleicht man die Zusagen für einen Schuldenerlass, der ohnehin nur eine kleine Reihe der allerärmsten Länder erfasst, mit den Versprechungen aus anderen internationalen Vereinbarungen, wird die Unzulänglichkeit schnell deutlich: Im Jahr 2000 einigten sich die Staats- und Regierungschefs bei dem Jahrtausendgipfel der Vereinten Nationen auf ein Zielprogramm, mit dem sie bis zum Jahr 2015 die Armut dieser Welt bekämpfen wollen (siehe Kasten). Wesentliches Ziel ist dabei die Halbierung der Armut bis 2015, gemessen an dem Stand von 1990. Will man dieses bescheidene Ziel erreichen, wären enorme Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung vieler Regionen dieser Erde notwendig, von denen ein umfassender Schuldenerlass einen wichtigen Beitrag leisten könnte.

Steigende Armut in Afrika

Insbesondere in Sub-Sahara Afrika haben Preisverfall vieler Exportprodukte, eine einseitige Exportstruktur, geringe Industrialisierung, politische Unruhen und Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen die Wachstumsraten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten z.T. auf einem sehr niedrigen Niveau verharren lassen. Aber selbst die höheren jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP – die Summe der im Lande produzierten Waren und Dienstleistungen) einiger Staaten konnten ein Anwachsen der Armut in der Region nicht verhindern. In den 90er Jahren ist sowohl abso-

lut als auch relativ die Zahl der Menschen, die von einem Dollar pro Tag leben gestiegen und liegt bei etwa 50%.

Von den 11 von uns im Rahmen des Projektes untersuchten Ländern lagen die Wachstumsraten des BIP in den 90er Jahren bei

Land	Ø (1990–1999)
DR Kongo	- 5,1%
Angola	0,8%
Sambia	1,0%
Kamerun	1,3%
Kenia	2,2%
Tansania	3,1%
Ghana	4,3%
Benin	4,7%
Äthiopien	4,8%
Uganda	7,2%

(DATEN: IWF)

Ein Minimum von 7% jährlichem Wirtschaftswachstum wäre nach Berechnungen der Vereinten Nationen nötig, um die Entwicklungsziele zu erreichen. Sie rechnen allerdings in Sub-Sahara Afrika für die Zeit bis 2015 mit einem Wachstum von durchschnittlich nur 1,5%. Das wird bei weitem nicht ausreichen, um bis dahin die Armut zu halbieren. Die absolute Zahl der Armen soll südlich der Sahara sogar noch ansteigen von 315 (1999) auf 404 Millionen Menschen (2015).

Höherer Schuldenerlass...

Viele afrikanische Länder, denen die Vereinten Nationen zur Erreichung der Entwicklungsziele hohe Priorität eingeräumt haben, sind hoch verschuldet. Diese Schuldenlast soll zwar im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) reduziert und auf ein tragfähiges Maß zurückgeführt werden, doch wie tragfähig sind die Schulden eines Landes, das die HIPC-Initiative durchlaufen hat?

In Mio. US\$	Schuldenstand vor Schuldenerlass	Schuldenerlass	Schuldenstand nach Schuldenerlass
Länder, die bereits einen Erlass ausgesprochen bekommen haben (8)	17.943	11.825	6.118
Länder, die einen Erlass zugesagt bekommen haben (19)	54.004	33.581	20.423
Gesamt	71.947	45.406	26.541
ZITIERT NACH: JUBILEE RESEARCH, 2003			

Was auf den ersten Blick wie eine eindrucksvolle Bilanz aussieht, reicht bei Weitem nicht aus. Gerade bei den Ländern, die bereits einen Erlass ausgesprochen oder zugesagt bekommen haben, handelt es sich um solche Länder, die einen Großteil ihrer Schulden vor dem Erlass gar nicht bedient haben, weil schlichtweg kein Geld in der Kasse war. Den traurigsten Fall stellt Sambia dar: Von gut 5 Mrd. US\$ gingen die Schulden durch den Erlass auf 870 Mio. US\$ zurück. Problem gelöst? Ganz und gar nicht: Heute zahlt Sambia mehr Schuldendienst als vor dem Erlass. Dies entspricht der perversen Logik der gegenwärtigen Umschuldungsinstrumente: Egal, ob die Schulden tragfähig sind oder nicht, nach einem Erlass müssen

die verbleibenden Schulden vollständig und pünktlich bedient werden. Und eines ist sicher: Die meisten afrikanischen Volkswirtschaften sind derzeit so schwach, dass im Grunde nur ein vollständiger Schuldenerlass die Länder in die Lage versetzen könnte, ihre Entwicklung mit eigenen Kräften anzugehen.

Dabei ist die Lage der Länder, die bereits von einem Erlass durch die reichen Industrienationen profitierten, sogar noch gut. Die verbleibenden Länder auf der Liste der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) können allenfalls mit einer symbolischen Geste der »Nächstenliebe« rechnen, wie die folgende Tabelle zeigt:

In Mio. US\$	Schuldenstand vor Schuldenerlass	Schuldenerlass	Schuldenstand nach Schuldenerlass
Hoch verschuldete arme Länder ohne konkrete Zusagen für einen Erlass (15)	67.249	3.165	64.085
ZITIERT NACH: JUBILEE RESEARCH, 2003			

DORFVERSAMMLUNG IN KIKWABI/DR KONGO (FOTO: THOMAS GERHARDS)



Immerhin 15 hoch verschuldete und arme Länder mit einer Gesamtverschuldung von über 67 Mrd. US\$ werden so gut wie keinen Erlass erhalten. Diese Länder zu entschulden, reicht der politische Wille nicht aus.

... und mehr Entwicklungshilfe vonnöten

Neben den Vereinten Nationen gehen mittlerweile auch IWF und Weltbank davon aus, dass ein Schuldenerlass alleine für Afrika nicht ausreichend ist. Immer wieder hat die internationale Gemeinschaft betont, dass frisches Geld notwendig ist, um die vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen. Das sind reine Lippenbekenntnisse geblieben. Das Gegenteil ist der Fall: Während 1990 noch 55 Mrd. US\$ an Entwicklungshilfe allein in die ärmsten Länder flossen, waren es 2000 nur noch 39 Mrd. US\$. Nicht nur bei den ärmsten Staaten wurde gekürzt. Die Entwicklungshilfe sank, gemessen am Bruttosozialprodukt der reichen Länder, von 0,33% (1992) auf gerade noch 0,22% (2001), ist also weit entfernt von den so oft versprochenen 0,7%, die heute nur noch von den Niederlanden eingehalten werden.

Die afrikanischen Länder in Sub-Sahara Afrika können die für ein ausreichendes Wachstum notwendigen Ressourcen nicht selbst aufbringen. Unterstützung aus den reichen Ländern ist unverzichtbar. Um das Wachstum von mindestens 7% jährlich bis 2015 in Afrika zu erreichen, sind Geldmittel in

Höhe von 10 Mrd. US\$ jedes Jahr zusätzlich zu den derzeitigen Hilfsleistungen nötig. Mit dem entscheidenden politischen Willen wäre dieser Betrag ohne Probleme aufzubringen. Die Prioritäten liegen heute allerdings nicht in Afrika.

Auch im Handelsbereich sind keine Verbesserungen absehbar: Noch immer werden die Entwicklungsländer im internationalen Handel durch Quoten, Zölle und Subventionen der Industrieländer massiv benachteiligt.

Bleibt zu erwähnen, dass selbst die Millenniumsziele für viele Expert/innen lediglich ein unbefriedigendes Minimum an Entwicklungsperspektiven darstellen können. Noch nie hat die Menschheit so viel Reichtum angehäuft, und sie wäre in der Lage die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. Angesichts dieser Tatsache ist die »Halbierung von Armut« bis 2015 genau genommen nicht mehr als das: ein trauriges Armutszeugnis.



IRENE KNOKE, PEDRO MORAZÁN

Millennium Entwicklungsziele

Zu den Zielen gehören (Basisjahr für die Berechnung ist das Jahr 1990):

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers.

- Halbierung des Anteils der Menschen, die von weniger als 1 US\$ pro Tag leben.
- Halbierung des Anteils der Menschen, die Hunger leiden.

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung.

- Universale Grundschulbildung für Jungen und Mädchen in allen Ländern bis 2015.

Ziel 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter.

- Beseitigung des Geschlechtergefälles in der Primar- und Sekundarschulbildung.

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit.

- Senkung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel.

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern.

- Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel.

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/ AIDS, Malaria und anderen Krankheiten.

- Ausbreitung dieser Krankheiten bis 2015 zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.

(Auszug)

ETHISCHE GELDANLAGEN – KIRCHLICHE GELDER KÖNNTEN VIEL BEWEGEN

Mitte der neunziger Jahre waren die Türen einfach zu. SÜDWIND bemühte sich damals intensiv darum, mit Kirchenvertretern in ein Gespräch darüber zu kommen, wie Kirchengelder sozialverantwortlich angelegt werden können, und holte sich dabei allzu oft eine blutige Nase. Dies hat sich inzwischen ein wenig geändert: Wir haben immerhin einen Fuß in der spaltbreit geöffneten Tür.

Diskussionen in den Kirchen

Im April diesen Jahres lud das sozialetische Institut der evangelischen Kirche im Rheinland zu einem Tagesseminar zum Thema »Ethische Geldanlagen« ein. Die Kirchmeister derselben Landeskirche wollen sich mit dem Thema befassen. In der westfälischen, lippischen und badischen Landeskirche gibt es konkrete Initiativen für die sozialverantwortliche Anlage der landeskirchlichen Gelder. Und auch auf der katholischen Seite tut sich etwas. Der Bischoff Kamphaus von Limburg verfügte, dass 10% der Gelder der Diözese nach ethischen Kriterien investiert werden sollen.

All das sind hoffnungsvolle Ansätze, die jedoch unbedingt intensiviert werden müssen, um das große Potential, dass kirchliche Großanleger im Hinblick auf einen sozialverantwortlichen Umgang mit Geld haben, so weit wie möglich zu erschließen.

SÜDWIND sieht seine Aufgabe hier vor allem in zwei Bereichen:

- Zum einen arbeiten wir daran, dass entwicklungspolitische Aspekte bei sozialverantwortlichen Investments stärker berücksichtigt werden. Denn im kirchlichen Raum haben sich vor allem Menschen aus der ökumenische Bewegung für einen anderen Umgang mit Geld eingesetzt. Mit Oikocredit ist hier auch eine bisher immer noch einzigartige Anlagemöglichkeit gegeben, die diesen Aspekt in den Vordergrund stellt. Im Bereich der ethischen Investmentfonds finden aber ökologische Aspekte sowie Themen, die aus Sicht der Verbraucher und Arbeitnehmer im Norden vordringlich erscheinen, die größte Beachtung. Diesen entwicklungspolitischen Themen will SÜDWIND mit seinem Know-how in diesem Bereich mehr Beachtung verschaffen.
- Zum zweiten werden wir das Thema der kirchlichen Pensionsfonds ins Visier nehmen. Wie sich in anderen Ländern gezeigt hat, spielen Pensionsfonds eine Schlüsselrolle dabei, ethischen Geldanlegern auf den Finanzmärkten und

bei Unternehmen Gehör zu verschaffen. Kirchliche Pensionsfonds haben sich dagegen bisher hierzulande sehr zurückknöpft verhalten, wenn dieses Thema an sie herangetragen wurde. Da wir nun einmal Erfahrung mit blutigen Nasen gesammelt haben, werden wir aktiv werden.

Ethische Geldanlagen – Kirchliche Gelder könnten viel bewegen

Private Anleger investieren in Deutschland rund 3,5 Billionen € Geldvermögen in Investmentfonds, Aktien und festverzinslichen Wertpapieren. Der weitaus größte Teil dieser Gelder wird ausschließlich nach den konventionellen Kriterien der Rendite, Sicherheit und Verfügbarkeit angelegt. Nur für ca. ein Prozent der Anlagen werden auch ethische Kriterien berücksichtigt. Kirchen beider Konfessionen besitzen rund 500 Mrd. Euro Kapitalvermögen, davon werden rund 100 Mrd. bei kirchlichen Banken und Versicherungen angelegt. Auch dieses Geld wird überwiegend konventionell verwaltet.

Angesichts der Situation ist es fast erstaunlich, wie stark der Finanzmarkt auf diesen neuen Trend reagiert hat. Im Börsenboomjahr 2000 war das Segment der Ethik Fonds das am stärksten wachsende Fondsegment in Deutschland. Diese Entwicklung hielt auch in den folgenden schlechten Börsenjahren an, so dass inzwischen in der Bundesrepublik ca. 70 Investmentfonds mit mehr oder weniger strengen ethischen Kriterien angeboten werden.

Es sind aber nicht nur diese Zahlen, die ermutigen. Die für Ökofonds tätigen Analysten berichten von einer zunehmenden Offenheit der Aktiengesellschaften für ihre oft aufwendig zu bearbeitenden Fragebögen und verweisen bereits auf erste Veränderungen, die aufgrund ihrer Recherchen bei Unternehmen umgesetzt wurden. Die deutsche Telekom verzichtete z.B. seit der Untersuchung durch eine Münchener Researchagentur auf PVC in den Kabeln. Andere Unternehmen haben ihre Umwelt- und Sozialberichterstattung an den Bedürfnissen der ethischen Investoren ausgerichtet.

Dies sind Anfänge. Auf die Dauer sollten die von ethischen Investoren bewirkten Veränderungen nicht auf der Ebene der Berichterstattung stehen bleiben, sondern darüber hinaus das Verhalten von Aktiengesellschaften besonders auch in internationalen Zusammenhängen beeinflussen. Damit dies gelingt, muss sich allerdings das Volumen der ethischen Geldanlagen deutlich vergrößern, um ihnen mehr Gewicht zu verleihen.

Eine Schlüsselrolle spielen hierbei Großanleger wie Kirchen und Stiftungen. Sie sind aufgrund ihrer hohen Anlagesummen beliebte Kunden von Anlagegesellschaften und Banken und können mit entsprechendem Nachdruck auf bestimmten ethischen Kriterien in der Geldanlage bestehen. Diesen Druck geben die Banken dann in den regelmäßig stattfindenden Gesprächen an die Firmenleitungen weiter.

Die Unternehmen wiederum werden auf diesen Druck reagieren müssen, denn sie konkurrieren nicht nur um Kunden, sondern auch um Kapital. Sind sie in der Gunst der Investoren, können sie sich im Vergleich zur Konkurrenz leichter Kapital an der Börse beschaffen und haben so einen Wettbewerbsvorteil.

Die konkreten Bedingungen für ethische Geldanlagen in der Kirche

Diese wünschenswerte Anhebung des Anteils ethischer Investments durch kirchliche Investoren kann jedoch nur innerhalb der für kirchliche Anlagen festgeschriebenen Grenzen geschehen. So gilt für die Anlagen die evangelischen Kirchen in Westfalen und im Rheinland, dass sie zu 70% mündelsicher und zu 30% deckungsstockfähig sein müssen.

Mündelsicher bedeutet: Das Geld muss bei einem öffentlich rechtlichen Kreditinstitut (einer Sparkasse oder Volksbank) oder in festverzinslichen, durch inländische Grundstücke oder öffentliche Institutionen besicherten Wertpapiere angelegt werden, also in Pfandbriefen inländischer Herkunft, Kommunalobligationen und Bundesanleihen.

Deckungsstockfähig bedeutet: Höchstens 30% der Gelder dürfen in Aktien investiert sein. Höchstens 5% der Gelder dürfen außerhalb der EU und höchstens 2,5% der Gelder dürfen in nicht-börsennotierten Wertpapieren angelegt werden.

Außerdem besteht für kirchliche Investoren zumeist die Notwendigkeit, dass die Erträge der Investition regelmäßig ausgeschüttet werden, um die laufenden Kosten decken zu können.

Welche konkreten Investitionsmöglichkeiten bestehen?

Für die Anlage des mündelsicheren Teils kirchlicher Gelder bieten sich Banken an, die dem Volks- und Raiffeisenverband angehören und gleichzeitig nach ethischen Kriterien wirtschaften. Nicht ganz zu Unrecht verweisen kirchliche Banken darauf, dass dies für sie gilt, da sie durch ihre Satzung ethisch gebunden sind. Dort ist nämlich festgeschrieben, dass sie nur im kirchlichen Raum tätig sein dürfen. Die vergebenen Kredite

werden also für den Bau von Altenheimen und Krankenhäusern verwendet. Allerdings haben die kirchlichen Banken wesentlich höhere Einlagen als sie im kirchlichen Bereich als Kredite vergeben können. Ein nicht unerheblicher Teil der Gelder wird an andere Institute innerhalb des Volks- und Raiffeisenverbandes weitergereicht. Was dort mit dem Geld geschieht, ist nicht nachvollziehbar.

Es gibt Alternativen zu den Kirchenbanken. Die im Jahr 2002 in Eisenberg gegründete EthikBank ist ebenfalls mündelsicher und hat einen Ethikfilter über ihre gesamte Geschäftstätigkeit gelegt. Das Gleiche gilt für die anthroposophisch ausgerichtete GLS Bank in Bochum.

Wichtig ist es bei den mündelsicheren Anlagen auch, die oft als prinzipiell ethisch »harmlos« eingestuften Pfandbriefe genauer unter die Lupe zu nehmen.

Befinden sich die den Pfandbriefen unterliegenden Immobilien tatsächlich alle im Inland? Um welche Immobilien handelt es sich? Zwischen Sozialbauwohnungen und den Liegenschaften einer Chemiefabrik bestehen gravierende ethische Unterschiede.

Für die deckungsstockfähig angelegten Gelder gibt es mehr Alternativen und bessere Möglichkeiten des ethischen Engagements. Unter den über siebzig Investmentfonds mit ökologischen und/oder sozialen Kriterien gibt es bereits einige, die auf die Bedürfnisse kirchlicher Anleger zugeschnitten sind. Bei größeren Beträgen legen Banken mit Erfahrung im Bereich ethische Geldanlagen auch Spezialfonds mit vom Kunden definierten ethischen Kriterien auf.

Eine weitere Möglichkeit für kirchliche Investoren besteht darin, die konventionellen Investments beizubehalten und mit einem »Engagement« – Ansatz zu verbinden. Dies bedeutet, dass die Kirchen mit Unternehmen, in die ihre Gelder investiert sind, in Kontakt treten, Veränderungen anmahnen und ihre Kritik eventuell auch auf Jahreshauptversammlungen öffentlich machen.

Dieser Ansatz kann mit der Investition in einen Ethikfonds kombiniert werden, denn viele Ethikfonds investieren inzwischen auch in weltweit tätige Konzerne, bei denen es neben guten Ansätzen auch Missstände gibt. Der Dachverband der kritischen Aktionäre in der Bundesrepublik bündelt die Stimmrechte ethisch motivierter Investoren und bringt deren Anliegen auf Hauptversammlungen gegenüber den Vorständen vor. Ein Sammelbecken für solche Eingaben und für den kritischen Dialog zwischen engagierten Investoren und »ihren« Unternehmen ist auch die schweizerische Stiftung »ethos«, die sich z.B. dafür einsetzt, dass Pharmafirmen ihre Medikamente der Bevölkerung in Entwicklungsländern zu akzeptablen Preisen zugänglich machen.

Die Rendite

Nach einer Darstellung der Möglichkeiten und Chancen ethischer Geldanlagen begegnet man in kirchlichen Zusammen-

hängen zumeist einer hartnäckigen Skepsis gegenüber der Sicherheit und Rendite dieser Anlagen, verbunden mit dem Hinweis, dass man sich angesichts der angespannten finanziellen Lage der Kirchen nun wirklich kein Risiko erlauben könne. Um so begrüßenswerter ist es, dass sich vereinzelt mutigere Stimmen melden.

»Zu jeder konventionellen Geldanlage gibt es ein gleichwertiges ethisches Pendant« sagte Freiherr von Boeselager, Finanzreferent des Bischofs von Limburg auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003 und fügte hinzu, dass er auf Wunsch des Bischofs Kamphaus 10% der Gelder der Diözese in ethische Geldanlagen umschichten werde.

Das Risiko für kirchliche Anleger, Geld durch ethische Investitionen zu verlieren, ist schon deshalb sehr gering, weil der Großteil der kirchlichen Gelder festverzinslich, also in Staats-

anleihen, Anleihen von Großunternehmen oder nationalen und supranationalen Institutionen wie der Weltbank angelegt ist. In diesem Bereich gibt es eine Reihe von Anlagen, die in der Rendite, Sicherheit und Verfügbarkeit identisch sind, die aber gravierende Unterschiede in der ethischen Bewertung aufweisen. Hier können Kirchen sich ohne jedes Risiko daran halten, dass sie bei gleicher Rendite Sicherheit und Verfügbarkeit immer den ethischeren Kandidaten auswählen. Researchorganisationen wie die Münchener oekom haben ein entsprechendes Bewertungssystem herausgearbeitet.

Für den kleineren und ethisch sensibleren Teil der Aktieninvestitionen stellt sich die Frage nach der Rendite schon eher. Zu Beginn der neunziger Jahre schnitten die Ethikfonds tatsächlich deutlich schlechter ab als der Durchschnitt der Investmentfonds. Diese schlechten Ergebnisse sind jedoch eher auf

■ ■ ■ NEUERSCHEINUNG November 2003: ■ ■ ■

»Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung. Die Entwicklung von Verhaltenskodizes seit 1992«

Autorin: Ulrike Tscherner, hrsg. SÜDWIND-Institut, SÜDWIND-Materialien Nr. 8, Siegburg 2003

In den letzten Jahren haben immer mehr VerbraucherInnen gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen in den weltweiten Kleider- und Sportschuhfabriken protestiert. Berichte über Hungerlöhne, Gewerkschaftsunterdrückung und sexuelle Belästigung haben sie dazu bewogen, sich an Unterschriftensammlungen, Straßenaktionen und Veranstaltungen zu beteiligen. Sie arbeiten in Netzwerken wie der »Kampagne für Saubere Kleidung« mit, die in Deutschland und weiteren elf europäischen Ländern aktiv ist. Diese Kampagne steht in engem Austausch mit Organisationen in den Produktionsländern von Bekleidung und Sportschuhen in Asien, Mittelamerika, Afrika und Osteuropa.

Zunehmend fragen VerbraucherInnen nach den konkreten Auswirkungen von Protestaktionen. Haben sich Arbeitsbedingungen für NäherInnen verbessert? Hat sich das Verhalten von Modemultis verändert, die ihre Waren überwiegend aus Fabriken der Dritten Welt und aus Osteuropa beziehen? Wo gibt es sozialverträglich hergestellte Sportschuhe zu kaufen?

Die vorliegende Broschüre gibt Antworten auf einen Teil dieser Fragen: Sie zeigt auf, wie die Bekleidungs-/Sportswearunternehmen adidas, C&A, KarstadtQuelle, Metro, Nike, Otto, Peek & Cloppenburg, Puma und Reebok sowie die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels seit 1992 Sozialstandards für ihre weltweiten Zulieferfabriken aufgestellt und weiterentwickelt haben. Sie untersucht die Entwicklung der Kontrollsysteme zur Einhaltung dieser Standards, der Transparenz und des Stellenwerts dieser Politik im Rahmen der gesamten Unternehmenstätigkeit.

Die bisherigen Reaktionen auf Proteste von KonsumentInnen sind erste Erfolge, die jedoch ausgebaut werden müssen. Zwar sind in Einzelfällen Arbeitsrechtsverletzungen in Weltmarktfabriken abgestellt worden, doch fehlen hierfür bis heute dauerhafte, verbindliche Regelungen. Eine Kaufempfehlung für den Massenkonsum »sauberer« Kleidung wird also noch auf sich warten lassen müssen.



Bestellungen: siehe Publikationsliste auf der letzten Seite.

Fehlern im Management und auf mangelnde Erfahrung zurückzuführen als darauf, dass sozial und ökologisch verantwortliche Investments per se ein schlechteres Ergebnis erzielen. Ein Überblick aus dem Jahr 2002 zeigte, dass über die Hälfte der Ethikfonds in ihrem Segment besser als der Durchschnitt abschneiden. Es gab zu dieser Zeit sogar einige Ökofonds, die weit überdurchschnittlich abschnitten, weil sie stark in Unternehmen aus dem Bereich der regenerativen Energien investiert waren, die starke Kurssteigerungen verzeichneten.

Aufgrund dieser Ergebnisse und des inzwischen breit gefächerten Angebots ethischer Fonds mit sehr unterschiedlichen Chance – Risikoprofilen ist der Verweis auf die Finanznöte der Kirchen als ein Grund dafür, Gelder nach wie vor konventionell anzulegen, hinfällig.

ANTJE SCHNEEWEIß

(Der Text wurde verfasst für die Zeitschrift Schalom)

VORTRAGSTÄTIGKEIT UND RECHERCHEN IN SRI LANKA UND INDONESIEN

Auf Einladung der Friedrich Ebert Stiftung (FES) nahm ich im Juni und September 2003 als Referentin an zwei Workshops zum Thema »Verhaltenskodizes und Sozialstandards im Welt-handel« in Sri Lanka und Indonesien teil. Diese Vortragstätigkeit steht im Kontext der Herausgabe der 3. überarbeiteten Auflage der Publikation »Workers' tool or PR play? A guide to codes of international labour practice« von FES und SÜDWIND im März 2003, die von vielen Auslandsbüros der FES für die Schulungsarbeit von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingesetzt wird. Eine deutsche und spanische Übersetzung dieser Publikation ist nahezu fertig gestellt, so dass sie in der aktuellen Auflage in Lateinamerika und Deutschland bald zum Einsatz kommen kann.

In Indonesien sprachen sich die TeilnehmerInnen des Workshops für eine weitere Auseinandersetzung mit der Frage der Verletzung von Arbeitsrechten in Zulieferfabriken deutscher Bekleidungsunternehmen aus. Ein Forum indonesischer GewerkschafterInnen und NRO-VertreterInnen will in Zukunft Projekte wie z.B. Schulungsmaßnahmen zur Aufbereitung von Eilaktionen im Falle von Arbeitskonflikten und neue Kodex-bezogene Aktivitäten beraten und dabei mit der FES und SÜDWIND weiter zusammenarbeiten. Eine Fragebogenaktion von Gewerkschaften über die Einhaltung von Verhaltenskodizes in Zulieferbe-

trieben deutscher Bekleidungsunternehmen in der zweiten Hälfte 2002 hatte ergeben, dass nahezu die Hälfte der Beschäftigten einige Verbesserungen von Arbeitsbedingungen aufgrund der Umsetzung von Verhaltenskodizes festgestellt haben, wenn diese auch im Gesamtbild Ausnahmeerscheinungen darstellten.

Meine Aufenthalte in Sri Lanka und Indonesien konnte ich für meine Forschungen zum Thema »Frauenarbeit in Freien Exportzonen und Sweatshops« nutzen, deren Ergebnisse 2004 in den SÜDWIND-Dekadeband zu diesem Thema einfließen sollen. Eine finanzielle Unterstützung der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal hat dabei die Recherchetätigkeit in Sri Lanka erleichtert.

INGEBORG WICK

DIE »FREIEN EXPORTZONE« BIYAGAMA IN SRI LANKA (FOTO: INGEBORG WICK)



DOKUMENTATION:

Pressemitteilung von SÜDWIND-Institut und Ökumenischem Netz Rhein Mosel Saar

Montag, den 8. September 2003

In den Tagen vor dem Treffen der Welthandelsorganisation in Cancún (Mexiko) verschickte SÜDWIND Anfang September ein Hintergrundpapier an die Presse. Ziel der Aktion war, die deutsche Presse für einige Welthandelsregeln zu sensibilisieren, deren Umsetzung das Leben von Millionen Menschen in den Produktionshallen der weltweiten Textil- und Bekleidungsindustrie beeinflussen wird. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge des Textes.

»Was kommt, wenn die Quote geht?«

In der globalen Textil- und Bekleidungsindustrie stehen fundamentale Veränderungen bevor

Ende 2004 läuft das WTO-Welttextilabkommen (ATC – Agreement on Textiles and Clothing) aus, das seit zehn Jahren den globalen Textil- und Bekleidungshandel reguliert. Lange Zeit schien dieses Abkommen ausschließlich ein Instrument zum Schutz der Textil- und Bekleidungsproduktion in den Industrieländern zu sein. Dafür spricht nicht zuletzt, dass die »wichtigsten« Quoten in Hauptkategorien wie T-Shirts, Hemden, Jeans erst Ende 2004 fallen. Doch im »Schatten« dieses Abkommens hat es einigen »Entwicklungs«ländern den Aufbau einer eigenen Industrie ermöglicht. Wer wird nach 2004 zu den VerliererInnen, wer zu den GewinnerInnen gehören? Mit welchen Strategien können die Interessen der Beschäftigten in der weltweiten Bekleidungsindustrie unterstützt werden?

Das Welttextilabkommen löste das Multifaserabkommen ab

Seit Jahrzehnten versuchen die Industrieländer, ihre Industrie durch internationale Abkommen vor der »Billigkonkurrenz« aus dem Süden zu schützen. Im Falle der Textil- und Bekleidungsindustrie wurde dieser Schutz seit 1974 durch das Multifaserabkommen (MFA – Multi-Fibre-Agreement) geregelt,

das bilaterale Vereinbarungen über Mengenbeschränkungen ermöglicht, wenn sich ein Industrieland durch stark steigende Importe aus einem bestimmten Erzeugerland ernsthaft bedroht fühlt. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zum sonstigen GATT-System (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), das nach dem Prinzip der »Gleichbehandlung« tarifliche Beschränkungen (also Zölle) bevorzugt – wenn überhaupt Beschränkungen des freien Welthandels geduldet werden. Mit Hilfe von Quotenvereinbarungen hingegen wurde im Textil- und Bekleidungssektor über Jahre bilateral geregelt, welches Importland von welchem Exportland welche Einfuhrmenge akzeptiert. Die EG hat beispielsweise in den 80er Jahren ein Drittel ihrer Gütergruppen solchen Mengenbeschränkungen unterworfen, der Textil- und Bekleidungsbereich war also kein Einzelfall. Auf diese Weise sind während der Dauer des Multifaserabkommens von 1974 bis 1994 Hunderte von Quotenvereinbarungen entstanden, die nicht eine generelle Beschränkung der Bekleidungsimporte eines speziellen Landes beinhalteten, sondern sehr spezifisch zugeschnitten waren auf bestimmte Kategorien, z.B. »Mäntel aus Geweben« oder »T-Shirts aus Gewirken«. Auch wirkte längst nicht jede Quote beschränkend. So manches Land blieb mit seinen Exporten weit unterhalb der ihm zugestandenen Quote.

Im Rahmen des Welttextilabkommens sollten seit 1995 in vier Stufen die Quoten bis Ende 2004 abgebaut und der Textil- und Bekleidungshandel den allgemeinen WTO-Regeln unterworfen werden. Als letzte werden Ende 2004 die Quoten für 25 Kategorien für die wertmäßig wichtigsten Massenprodukte wie T-Shirts und Jeans fallen.

Ein Blick in einige Länder: GewinnerInnen und VerliererInnen

Aber was bedeuten diese Veränderungen im globalen Rahmen für die einzelnen Erzeugerländer und für deren Bevölkerungen? Nach Expertenmeinungen werden China und Indien (das dem »Modell China« nacheifert) zu den Gewinnern des Quotenwegfalls gehören: Sie produzieren in Sonderwirtschaftszonen extrem billig, sind kaum importabhängig und setzen seit einigen Jahren auf technologische Entwicklung und Aufbau der gesamten textilen Kette.

Andere Länder – wie Sri Lanka und Indonesien – werden wohl zu den Verlierern gehören. Externe und interne Gründe spielen hierbei eine Rolle: Sie produzieren im »Schutz der Quote«, die Textil- und Bekleidungsindustrie bildet jeweils einen bedeutenden Anteil ihrer Gesamtexporte, sie produzieren durch Importabhängigkeit (Baumwolle u.a.), relativ hohe Mindestlöhne, Währungskrise, technologischen Rückstand etc. relativ teuer. Fällt ihr quotierter Zugang zu den Märkten der EU und der USA, so stehen sie in direkter Konkurrenz zu China, was für ihre Textil- und Bekleidungsindustrie sehr schwierig wäre. Die Textil- und Bekleidungsproduktion steht und fällt aber nicht mit der Quote. Vielmehr hängt sie von vielen weiteren Faktoren ab, die mindestens ebenso wichtig sind: Der Preis der Rohstoffe bei Ländern mit hoher Importabhängigkeit, die Abhängigkeit vom jeweiligen Dollarkurs, die Gründung neuer Freihandelszonen und präferenzielle Handelsabkommen, Chinas WTO-Mitgliedschaft – dies alles hat ebenfalls enormen Einfluss auf die Standortentscheidungen von Investoren, auf die finanziellen Spielräume für staatliche Investitionen in diesen Sektor und eben auch auf die Arbeitsbedingungen.

So wird die potenzielle Gründung der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA), die für 2005 angepeilt ist, evtl. nachteiligere Konsequenzen für Indonesien oder Sri Lanka haben als der gleichzeitige Wegfall des Quotensystems.

Was kommt, wenn die Quote geht?

Sind die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Reformen im globalen Handelssystem die richtigen Strategien, mit denen die Interessen der Beschäftigten in der weltweiten Bekleidungsindustrie unterstützt werden können?

Die Antworten, die die einzelnen Länder und Branchenorganisationen auf diese Frage formulieren, sind jedenfalls eher kurzschichtiger Art:

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Alle propagieren Diversifizierung der Exporte, Vordringen in qualitativ hochwertige Märkte, den Abschied vom Massenmarkt, Technologisierung der Infrastruktur. Diese Forderungen werden in Sri Lanka erhoben, in China und Indien wird dieser Weg bereits massiv eingeschlagen, in Deutschland formuliert eine Studie des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaft dieselbe Forderung für die Reste der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Indien richtet 15 Sonderwirtschaftszonen nach dem Vorbild Chinas ein und versucht, Großinvestoren ins Land zu holen; Vietnam hat sich seinen Zugang zum US Markt über ein bilaterales Handelsabkommen gesichert; Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh und Kambodscha verhandeln mit der EU und den USA über Präferenzsysteme.

Aber was folgt langfristig, wenn alle die gleiche Strategie wählen? Globale Überproduktion und Preisverfall, Arbeitsplatzabbau und Verdrängung von Frauen-Arbeitsplätzen durch technologischen Fortschritt und vermutlich zunehmendes Sozialdumping, um andere Wettbewerbsnachteile (wie z.B. hohe Importabhängigkeit) auszugleichen. Im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmen kann diese Strategie nur für wenige gelingen. Das Gros der ArbeiterInnen würde zu den VerliererInnen dieser Strategie gehören.

Reformen im globalen Handelssystem

Verschiedene Vorschläge befassen sich mit Reformen im globalen Handelssystem: So sollen z.B. alle Produkte aus allen wenig entwickelten Ländern (LDC's – Least Development Countries) sofort zoll- und quotenfreien Zugang in allen WTO-Mitgliedsstaaten erhalten, so ein Vorschlag aus Bangladesh. Indonesien setzt sich innerhalb der WTO-Doha-Runde für niedrigere Zölle auf Textilien und Bekleidung ein, um so die Auswirkungen des Ausschlusses Indonesiens von den präferenziellen Handelsabkommen zu erleichtern. Angesichts der Tatsache, dass die Zölle für Textilien in den Industriestaaten zu den höchsten zählen, sind dies sinnvolle Vorschläge, um die Marktanteile kleinerer Anbieter zu schützen. Das Gleiche gilt für das von Entwicklungsländern vorgeschlagene 5-Jahres-Moratorium für Anti-Dumping-Maßnahmen ab 2005. Solche Maßnahmen der EU und der USA befürchten Exportländer wie z.B. Indonesien als Reaktion auf rasant wachsende preiswerte chinesische Exporte auf die nördlichen Märkte.

Doch reichen diese Vorschläge nicht aus, um das strukturelle Gefälle im Handel mit Textilien und Bekleidung zu beheben. Ein besserer Marktzugang in den Industrieländern erhält oder verbessert die Exporte vieler Entwicklungsländer, trägt aber nicht unmittelbar zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei. Denn, werden die Ersparnisse durch niedrigere Zölle von höheren Arbeitskosten wieder aufgefressen, sinkt natürlich die vielbeschworene »Wettbewerbsfähigkeit«.

Neuer Ordnungsrahmen für Handel und Arbeit

Weiterführend scheinen deshalb vor allem solche Ansätze zu sein, die nicht vom Faktor »Wettbewerbsfähigkeit« aus die gesamte Handels- und Produktionskette strukturieren wollen, sondern beim Faktor »Arbeit« ansetzen. Denn ob mit Quote oder ohne: Die Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind nach wie vor schlecht, in weiten Teilen gar skandalös. Diese zu verbessern, menschenwürdig zu gestalten und zu entlohnen, könnte ein entscheidender Beitrag zur regionalen Entwicklung der jeweiligen Erzeugerländer sein.

Die strukturellen Veränderungen im Textil- und Bekleidungshandel ab 2005 könnten als Chance genutzt werden, über einen neuen Ordnungsrahmen für Handel und Arbeit nachzudenken. Dies könnte sowohl auf der Ebene länderübergreifender Initiativen stattfinden wie auch im globalen Rahmen. So schlug z.B. Neil Kearney, der Generalsekretär der IT-BLAV (Internationale Vereinigung der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter) jüngst eine engere Kooperation von Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) und der Welthandelsorganisation (WTO) im Rahmen der UN vor, um einen solchen Ordnungsrahmen für Handel und Arbeit zu entwickeln und durchzusetzen.

Übergangsregelungen zur unmittelbaren Überlebenssicherung

Die Entwicklung und Durchsetzung eines solchen globalen Rahmens erfordert Zeit – Zeit, die bis zum Wegfall der Quoten nicht mehr bleibt. Deshalb sollten Übergangsregelungen im Hinblick auf die Überlebenssicherung der betroffenen ArbeiterInnen gefunden werden. Zu diesen Übergangsregelungen könnten Quoten für Großanbieter zum Schutz der kleineren Anbieter gehören; zu ihnen sollte auch die Einrichtung von Fonds durch die multinationalen Bekleidungskonzerne (die Hauptprofiteure des ganzen Geschäfts) zählen, mit denen soziale Härtefälle aufgefangen und Schulungsmaßnahmen für Beschäftigte finanziert werden könnten. Mit einem solchen Fonds würden die Konzerne ihre globale Sozialverantwortung wahrnehmen.

AUS DEM BÜRO:

■ Antje Schneeweiß wieder an Bord

Nach ihrer Elternzeit ist Antje Schneeweiß zum 1.08.2003 wieder ganz ins SÜDWIND-Team zurückgekehrt. Auch während ihrer Elternzeit hat sie immer wieder kleinere Aufträge für SÜDWIND erledigt und Vorträge gehalten. Sie blieb in ihrem Arbeitsbereich »Ethische Geldanlagen« am Ball und konnte so direkt wieder in den Büroalltag einsteigen.

■ Steffen Jörg verabschiedet

Das Ende der Elternzeit bedeutete leider auch das Ende des Arbeitsvertrages von Steffen Jörg. Zur Erinnerung: Steffen Jörg war die Elternzeitvertretung von Caroline Zuniga, die ursprünglich die Elternzeitvertretung von Antje Schneeweiß war. Caroline Zuniga kehrte nach Ende ihrer Elternzeit nicht zu SÜDWIND zurück, so dass Steffen Jörg fast 2 Jahre bei SÜDWIND arbeitete. Die KollegInnen und der Vorstand bedauern, dass aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit der Weiterbeschäftigung bestand. Wir wünschen Steffen alles Gute für die Zukunft!

■ SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblatt, Musterartikel, Folien etc.

■ Bitte legen Sie unser Faltblatt aus

Die Faltblätter lassen sich für viele Zwecke nutzen. So können sie in Eine-Welt-Läden, Pfarrheimen, Kirchen, öffentlichen Gebäuden etc. ausgelegt werden, man kann sie mit der Post verschicken

Wer dieses Faltblatt zur Mitgliederwerbung nutzen möchte, kann eine beliebig große Anzahl bestellen (Bestellung: siehe Publikationsliste auf der letzten Seite).



■ Homepage

Die SÜDWIND-Homepage wird immer wieder aktualisiert. (www.suedwind-institut.de). Diese Homepage wurde in den

letzten Monaten wesentlich erweitert um einen eigenen Teil über die »Dekade zur Überwindung von Gewalt«.

Falls Sie privat oder an Ihrer Arbeitsstelle selbst über eine Homepage verfügen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie von Ihrer Homepage aus einen Link zu unserer Homepage legen würden.

■ Musterartikel

Das SÜDWIND-Büro kann Ihnen Artikel in verschiedener Länge zur Verfügung stellen. Diese können Sie in Ihnen zugänglichen Rundschreiben / Zeitschriften veröffentlichen. Die Artikel enden mit der Bitte, Mitglied zu werden.

Eine Auswahl der Musterartikel finden Sie auf unserer Homepage (www.suedwind-institut.de) in der Rubrik »Service« unter »Musterpresseerklärungen«. Sie können dort die Artikel herunterladen oder diese auf Diskette sowie als Ausdruck im SÜDWIND-Büro anfordern.

Falls Sie nur ganz wenig Platz haben: Schon der Abdruck unseres Logos, kombiniert mit der Angabe unserer Homepage-Adresse, wäre eine wichtige Werbung für SÜDWIND.

■ Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND

Wer SÜDWIND in Gruppen und Organisationen vorstellen will, hat immer wieder das Problem: Wo fange ich eigentlich an. Wer möchte, kann Folien für Overhead-Projektoren sowie eine Power-Point-Präsentation beziehen, die Vorträge erleichtern soll.

Wer Interesse hat:

Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 02241-259735, Email huetz-adams@suedwind-institut.de.



■ »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften zu Weihnachten!

Wollten Sie vielleicht immer schon mal jemanden für SÜDWIND interessieren? Um das Verschenken der Mitgliedschaft zu erleichtern, bieten wir die befristete »Schnuppermitgliedschaft« an: Die Mitgliedschaft hätte einen vorläufigen Status und ist auf ein Jahr beschränkt. Ihr Geschenk würde Sie damit einen Jahresbeitrag von 70 € kosten.

Am Ende des Jahres werden wir die Schnuppermitglieder anschreiben und fragen, ob sie dauerhaftes Mitglied werden wollen.

■ ■ ■ SONDERANGEBOT ■ ■ ■

Die folgenden 5 Broschüren sind Teil eines Sonderangebotes:

11. »Arme Reiche Christen«, Materialien für vier Bibela-bende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (5 Euro)

22. »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?«, Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994, 90 Seiten (5 Euro)

25. »Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungsgewerbe – Ländervergleich Deutschland Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994, 170 Seiten (3 Euro)

26. »Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Bankengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indonesiens«, von Karin Astrid Siegmann, SÜDWIND-texte 12, 2000 (7,50 Euro)

39. »Kommunales Wirtschaften für das Leben. Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21«, von Pedro Morazán, Materialien 5, 1997, 50 Seiten (6,50 Euro)

3 Stück davon kosten: 5 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

ALLE 5 kosten: 7,50 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

Hiermit bestelle ich / bestellen wir:

- ❶ **SÜDWIND-Faltblatt** (kostenlos) Expl.:
- ❷ **Infopakett:** Faltblatt SÜDWIND/Satzung SÜDWIND/
Selbstvorstellung (alle kostenlos) Expl.:
- ❸ **SÜDWIND-Jahresbericht**, akt. Ausg. (kostenlos) Expl.:
- ❹ **SÜDWIND-Info**, aktuelle Ausgabe (kostenlos) Expl.:
- ❺ **»Auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Gerech-
tigkeit. Der Beitrag des Neuen Testaments zur ge-
genwärtigen wirtschaftsethischen Diskussion«**, von
Jörg Baumgarten, 1992 (kostenlos) Expl.:
- ❻ **»Gott steht auf der Seite der Armen. Erklärungen
der Kirchen zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit«**,
SÜDWIND-texte 1, 3. Aufl. 1994 (2,50 €) Expl.:
- ❼ **»Arme Reiche Christen«**. Materialien für vier Bibelaben-
de, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne
Zimmermann und Stephan Schmidlein, *Materialien 1*,
3. überarb. Aufl. 1996 (5 €) Expl.:
- ❽ **»Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert –
Vom Geist bewegt?«** – Eine Handreichung, von Jörg
Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk
Wolter, *Materialien 2*, 2. Aufl. 1994 (5 €) Expl.:
- ❾ **»Kleider machen Beute – Deutsche Altkleider ver-
richten afrikanische Arbeitsplätze«**, von Friedel
Hütz-Adams, *SÜDWIND-texte 5*, 3. Aufl. 1998,
(7,50 €) Expl.:
- ❿ **»Kommunales Wirtschaften für das Leben«** –
Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21,
von Pedro Morazán, *Materialien 5*, 1997 (6,50 €,
ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓫ **»Altkleider auf Abwegen. Kommunale Agenda 21
und Altkleidersammlungen – Ein Leitfaden«**, 1997
(3 €, ab 10 Expl. 2 €) Expl.:
- ⓬ **»Kleiderproduktion mit Haken und Ösen. Arbeitsbe-
dingungen bei chinesischen und philippinischen
Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen«**, von
Ingeborg Wick, *texte 6*, 2. Aufl. 1997, (6 €) Expl.:
- ⓭ **»Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden.
Kirchliche Texte zur internationalen Schuldenkrise«**,
SÜDWIND-texte 7, 1998 (3 €, ab 10 Expl. 2 €) Expl.:
- ⓮ **»Schuldenumwandlung für Bildung in Kamerun«**, von
Pedro Morazán, Anthea Bethge; 1999, (2,50 €) Expl.:
- ⓯ **»Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähern
für deutsche Modemultis«**, von Ingeborg Wick und
»Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt«/Jakarta, *texte 11*,
2000, 152 S. (8,50 €, ab 10 Expl.: 7,50 €) Expl.:
- ⓰ **»Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der
Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Ban-
kengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indonesi-
ens«**, von Karin Astrid Siegmann, *SÜDWIND-texte 12*,
2000 (7,50 €) Expl.:
- ⓱ **»Workers' tool or PR ploy? – A guide to codes of**

international labour practice«, von Ingeborg Wick,
hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für
Ökonomie und Ökumene, 3. überarbeitete Auflage, 2003
(6 €) Expl.:

- ⓲ **»Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger –
Erfahrungsberichte aus 11 Ländern«**, *SÜDWIND-texte*
13, 2001 (5 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓳ **»Verhaltenskodizes – Werbegags oder Hebel für
Beschäftigte«**, von Ingeborg Wick, erschienen in :
»Weltweit gegen Sozialdumping«, hrsg. von der IG-Metall,
dem DGB-Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung,
2001, Seite 25–63 (1,50 €) Expl.:
- ⓴ **»Kursbuch Ethische Geldanlage«**, von Antje Schnee-
weiß, hrsg. vom SÜDWIND e.V., Fischer Taschenbuch
Verlag, 230 S., 2002 (€ 9,90) Expl.:
- ⓵ **»Warum eine Geldanlage ethisch sein kann«**, Faltblatt
(kostenlos) Expl.:
- ⓶ **Projektfinanzierung der WestLB in Entwicklungslän-
dern. Nachhaltige Investitionen oder sozial-ökologi-
sche Katastrophe** (Arbeitstitel), erscheint Ende 2003 .
Expl.:
- ⓷ **»Perspektiven der Organisation informeller Arbeit«**,
von Ingeborg Wick, erschienen in: Kurswechsel, Heft 1/
2003, Seite 71–77 (1,50 €) Expl.:
- ⓸ **»Deuda externa: Nuevas crisis, nuevas soluciones?«**,
von Dr. Pedro Morazán, hrsg. von SÜDWIND e.V. und der
Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2003, DIN A4, 64 Seiten,
(2 €) Expl.:
- ⓹ **»Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in
Bewegung. Die Entwicklung von Verhaltenskodizes
seit 1992«**, von Ulrike Tscherner, *Materialien 8*, SÜD-
WIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 28 Seiten (4 €, ab
10 Expl. 3,50 €, ab 50 Expl. 3 €) Expl.:

EDITION STRUKTURELLE GEWALT IN DEN NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN

- ⓺ **Band 1: »Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?
Die Rolle der Weltorganisationen«**, hrsg. von SÜD-
WIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 84 Seiten (5 €,
ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓻ **Band 2: »Kongo: Handys, Gold & Diamanten.
Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung«**,
hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 72
Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓼ **Band 3: »Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan.
Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise«**,
hrsg. von SÜDWIND e. V., Siegburg 2003, DIN A4, 64
Seiten (5 €, ab 5 Expl. 4,50 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:

Zuzüglich zu den Materialkosten berechnet SÜDWIND pauschal
2,50 € für den Versand – wir bitten um Ihr Verständnis.

Benutzen Sie bitte für die Überweisung unser Konto
Nr. 8 140 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00).

Name.....

Adresse.....

Datum/Unterschrift.....